

Blindes Wachstum macht arm, das andere ist nötiger denn je.

Impuls-Statement

beim Wirtschaftsforum der SPD e.V. „50 Jahre Grenzen des Wachstums“ am 18.10.2022

Vor 50 Jahren veröffentlichte der Club of Rome die Studie zu den Grenzen des Wachstums. Es war ein **Dienst an der Demokratie**. Denn das Projektteam um Jørgen Randers, Donella und Dennis Meadows eröffnete eine Diskussion, die es bis dahin nicht gab und die bis heute andauert, allerdings mit geänderten Schwerpunkt.

Damals herrschte die Auffassung, Wirtschaft sei eben Wirtschaft und damit Sache von Wirtschafts-Experten. Die Studie hielt dagegen, Wirtschaft sei Gesellschaft und damit Sache von uns allen. Heute ist das eine Gewissheit, damals nahe am Hochverrat.

Die Studie kam mit Macht daher: Computer waren damals Neuland und sensationell war, dass sie die Welt berechnen konnten als man den Begriff Digitalisierung nicht kannte und an Smartphones nicht einmal Futuristen dachten. Sie führte systemische Rückkopplungen und Abhängigkeiten in das Denken ein. Sie kam von einem Institut, das damals als Hort des Fortschritts galt, dem US-amerikanischen MIT (Massachusetts Institute of Technology). Die Auftraggeber waren reiche und einflussreiche Wirtschaftsführer um Aurelio Peccei. Die Studie war ein Paukenschlag. Mehr Modernität ging nicht. Mehr Weltgewissen ging nicht.

Inhaltlich forderte die Studie das System der kapitalistischen Wachstumswirtschaft heraus - und unser Leben darin. Denn sie konfrontierte das System mit etwas, das bis heute zu kennen vermieden wird: **Der Kategorie der Endlichkeit**. Der Kapitalismus kennt Preis und Profit und kann beides extrem gut optimieren. Mit völlig anderen Rahmenvorgaben könnte er vermutlich ebensogut Endlichkeit, Kreisläufe oder Grenzen optimieren. Aber das ist bisher nicht versucht worden. Die Folge: Ressourcen erscheinen als unendlich und das System ist entsprechend auf fortwährende Steigerung ausgelegt. So geschieht das dann auch: Die Deutschen wohnten 1950 auf durchschnittlich 14 Quadratmetern, heute auf 48 pro Kopf. Kühlschränke werden dicker, TV-Screens größer. Autos wirken wie aufgeblasen. Seit Jahrzehnten steigt die Zahl der Übergewichtigen und Fettleibigen.

Wachstum und die an der Börse üblichen Finanzkennzahlen von Unternehmen zählen die Kosten nicht, die es in der Umwelt und in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht verursacht. Wachstum stellt sich blind und taub.

Dabei ist doch alles endlich. Lithium und Kobalt kann man nicht zweimal aus der Erde holen. Die Biodiversität ist schon um eine Million Arten ärmer. Die Fläche an fruchtbaren Böden wird auch durch oftmaliges Zählen nicht mehr und durch Überbauung und Zerstörung immer weniger. Selbst der Ozean ist nicht unendlich.

Die Botschaft aus 1972 war schlicht: So wie wir es tun, geht es nicht immer weiter und wir müssen gegensteuern. Das dämmert der Welt nun seit 50 Jahren.

Und tatsächlich ist auch etwas getan worden: Vor 50 Jahren startete die internationale staatliche Umweltpolitik und wichtige zivilgesellschaftliche Umweltgruppen. Das Ozonloch ist wieder geschlossen, der Saure Regen abgewendet, viele Schadstoffe sind

verboten. Umweltaspekte sind in die Produktionsweise eingegangen. In den 70er Jahren passten alle Umweltgesetze noch in einen schmalen Schnellhefter, heute reicht ein Buch im Bibeldruck nicht aus. Der Umweltschutzgedanke ist angekommen. Jetzt setzen sogar Unternehmen auf Transformation. Nachhaltigkeit ist ein Weltthema. Es beschäftigt Staatschefs. Millionen von Menschen gehen dafür auf die Straße.

Aber die Kritik der *Grenzen des Wachstums* hatte **keinen wirklich durchschlagenden Erfolg**. Warum?

In 50 Jahren hat sich die Wachstumsdiskussion zunehmend verkapselt. Die Diskussion um Grenzen von Wachstum bewegt sich sauber verpackt in einer Art Raumkapsel durch die Gesellschaft. Die Debatte um Postwachstum ist in einer anderen Kapsel. Parallel fliegt die Kapsel mit denen, die „alles-im-Griff-haben“. Sie verhandeln die Überlebensfragen auf der gleichen Ebene wie Lieferketten, Pfandsysteme und Tempolimit. Im Innern jeder Kapsel herrscht jeweils Zustimmung und Anerkennung, nach außen hin reagiert Unverständnis, Unwissen und Abneigung. Die Verkapselung wird der Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Sache nicht gerecht.

50 Jahre schon wachsen wir uns arm, denn blindes Wachstum geht auf Kosten von sogenannten „externen“ Effekten in Natur, Umwelt und im Sozialsystem. Quantifiziert werden diese Externalitäten nicht, wobei dies in jüngster Zeit erneut und sogar von Unternehmen versucht wird; eben weil Grenzen nicht akademisch oder metaphysisch sind, sondern real und praktisch. Natürliche Ressourcen sind nicht Teil von Kapital oder dessen Verfügungsmasse. In manchen Fällen von Unternehmen greifen die Börsenzahlen zu kurz. Oftmals ist der eigentliche Wert eines Unternehmens nur ganzheitlich unter Einbezug der externalisierten Faktoren zu verstehen.

Das liegt auch daran, dass quantitatives Wachstum immer weniger ein hinreichendes Ziel für die Unternehmenssteuerung ist. Mittlerweile prägen **andere Begriffe** die Debatte, wie etwa Dekarbonisierung, Disruption, Transformation, oft als systemische oder Große Transformation, Umbau (der Wirtschaft), Ausbau (der erneuerbaren Energien), „Hochlauf“ (der Wasserstoffwirtschaft). Dazu ändern sich die geopolitische Strukturen, bauen autoritäre Blöcke Feindbilder auf und agieren offen imperialistisch. Die liberale Weltordnung ist unter Druck. Das regelbasierte Politikmachen, eine Errungenschaft der Nachkriegszeit und Credo auch in der Nachhaltigkeitspolitik, muss sich weltweit neu definieren, neu ausrichten und neu finden.

Es hört sich merkwürdig an, aber dabei ist die globale Erwärmung und sind die Einbrüche der Biodiversität ein treibender Faktor. Denn die Wirkkraft dieser schädlichen Entwicklung wird immer dominanter werden. Sie bestimmt die Rahmenbedingungen viel grundlegender als es die negativen Trends in der Weltpolitik. Wir nennen das Anthropozän. Der Nachhaltigkeits-Gedanke muss endlich Eingang finden in Außenpolitik und Wirtschaftskonzepte. Das ist bisher noch nicht der Fall. Erst wenn Konzepte, Haltungen und Denkstrukturen diesen Wandel aufnehmen, werden neue Wege sichtbar.

Es ist ja auch völlig klar, dass selbst eine hundertprozentige Dekarbonisierung - also das komplette Vermeiden der Freisetzung von Treibhausgasen aus Kohle, Gas und Öl - das Überleben auf dem Planeten nicht sichert, wenn der Verbrauch an natürlichen Ressourcen gleich bleibt oder gar gesteigert wird.

Jetzt wäre es ein Fehler, die *Grenzen des Wachstums* nur als historisches Ereignis zu sehen. Vielmehr geht es um die neue Ambivalenz der Wachstumsidee.

Wachstum ist immer das Problem der Gewachsenen. Zu lösen ist das Problem bei ihnen und mit ihnen. Also in den altindustrialisierten Ländern und in vielen Fällen durch Zurückschrauben und Begrenzungen. Gleichzeitig brauchen wir hier ein zielgeführtes Wachstum.

Das ist kein Widerspruch, sondern zeigt die Notwendigkeit, größer zu denken. Regierungen und Vorstände werden heute an Nachhaltigkeitszielen gemessen.

Das sollte - und es ist das noch lange nicht hinreichend - ein Lernprozess sein. Nur ein Hinweis: Wäre das tropische Afrika ein Land, wäre es der zweitgrößte CO₂-Emittent der Welt - noch vor den USA. Der Grund sind die massiven Landnutzungsänderungen. Wälder werden abgebrannt, Torfböden zerstört. Beispiel Kongo-Becken: Das natürliche Reservoir an Kohlenstoff in den Torfböden am Kongo entspricht 20 Jahren Emissionen fossiler Brennstoffe in den USA. Und dazu kommt, dass diese und viele andere Regionen die Hotspots der Biodiversität sind. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg des globalen Handelns. Gleichzeitig muss man wissen: In Subsahara sind 80 Prozent der Gebäude, die eine stark wachsende Bevölkerung dort 2050 bewohnen werden, heute noch nicht gebaut. Baut man sie im heutigen Wachstums-Modus, ist das klimapolitischer Horror. Sie mit Holz und klimafreundlichen Bauweisen zu errichten, ist dagegen eine klimapolitische Chance, worauf Professor Joachim Schellnhuber nicht müde wird, hinzuweisen. Zwischen Horror und Chance liegt die Verantwortung Deutschlands.

Es hilft also nichts: Gerade weil die Studie des Club of Rome auch nach 50 Jahren noch aktuell ist, müssen wir auf Wachstum setzen, nur eben auf ein **solches Wachstum, das auch Schrumpfen kann und sich an gesellschaftlichen Zielen ausgerichtet**. Es muss Ressourcen erhalten und zurückgewinnen und es muss dabei schneller sein als bisher denkbar. Das bisherige Anwachsen von Wind- und Solar-Industrie - verschleppt, behindert, absolut zu langsam - ist dennoch die schnellste Industrie-Transformation, die wir bisher geschafft haben. Die Wasserstoffwirtschaft will die Politik nun um ein Vielfaches schneller realisieren. Wie soll das gehen?

Denkbar ist das mit **neuen Allianz von Gegensätzen**: Wachsen und Schrumpfen, Effizienz und Suffizienz, Technologie und Lebensstilen. Bisher Gegensätzliches zusammenzuführen, ist sicher nicht leicht; alles andere ist aber schwerer.

Die Politik - hier gemeint als die mandatierte, professionelle Politik etwa im Bundestag und in Landesparlamenten - ist angewiesen auf das mit-tätige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Und hier liegt ein zentraler Knackpunkt. Das Vertrauen schwindet. Die Umfragen zum Vertrauen in die politischen Parteien (vom September 2022) zeigen auf. Es ist auf dem Gegenteil eines Wachstumspfades. Es schrumpft.

Vertrauen schwindet, wenn es nicht gefordert wird. Vertrauen entsteht durch Zutrauen. Zutrauen, das heißt Verantwortung übernehmen, auf Menschen setzen, auf Einsicht, Mitmachen, Kompetenz, Fehlerfreundlichkeit und Anstrengung. Vertrauen setzt nicht auf das Müssen, sondern auf das Können. **Vertrauen ist das Wagnis, sich und anderen etwas zuzumuten.** Zumutungen setzen an bei der Suffizienz und dem lebensnahe Herausfinden von Lösungen im Weniger und Anders. Das ist das Gegenteil z.B. der jetzigen Entlastungen der Bürger von zu hohen Energiekosten. Keine Frage, die wirklich Bedürftigen sind ökonomisch zu entlasten, die wirklich nicht Bedürftigen aber nicht und jedenfalls keiner ohne noch die kleinste Zumutung an den Lebensstil. Das fördert das Schwinden von Vertrauen und Respekt und es behindert die Transformation. Teilhabe erfordert eine gerechte Aufteilung von Lasten, keine bedingungslose Grundentlastung.